

# Wann platzt die Schweiz?

Die Zuwanderung schadet der Lebensqualität. Die negativen Auswirkungen auf Schulen, Wohnraum, Verkehr und Umwelt werden zum politischen Sprengstoff.

Reiner Eichenberger

Das schnelle Bevölkerungswachstum in der Schweiz wäre unproblematisch, wenn alle für den Wohlstand wichtigen Faktoren zu konstanten Kosten beliebig vermehrt werden könnten. Doch bei vielen Faktoren geht das nur zu überproportional steigenden Kosten, etwa bei Boden, Infrastruktur und Umweltgütern. Das Bevölkerungswachstum macht es auch schwieriger und teurer, Ziele zur Energie- und Nahrungssicherheit sowie Emissionsreduktion zu erreichen.

Zudem müssen viele Aufgaben wegen gesetzlichen, sprachlichen und inhaltlichen Anforderungen von Einheimischen ausgeführt werden, etwa in den Bereichen Verwaltung, Justiz, Polizei und Erziehungswesen. Weil diese Aufgaben mit der Bevölkerung mitwachsen, müssen immer mehr Schweizer dafür angelockt werden – und fehlen so anderenorts. Deshalb ist die Personenfreizügigkeit ein Haupttreiber des Fachkräftemangels – und macht aus den Schweizern ein Volk von Beamten, Juristen, Polizisten und Kleinkinderziehern.

Die schnelle Infrastrukturerweiterung verursacht viele Fehler, die unsere Lebensqualität mindern. So wird der Schienenverkehr ohne Rücksicht auf die zukünftigen enormen Unterhalts- und Betriebskosten ausgebaut. Ein anderes Beispiel ist der neue Fernverkehr-Doppelstockzug FV-Dosto. Die SBB haben sich 2010 unter dem Druck der Bevölkerungs- und

Verkehrsexplosion für diese katastrophalen Wackelzüge entschieden, die den Fahrkomfort um viele Jahrzehnte zurückwerfen.

## Personenfreizügigkeit bringt Boni

Schliesslich gefährdet das schnelle Bevölkerungswachstum den Kern des Schweizer Wohlstands. Dieser beruht auf grosser Flexibilität der Arbeits- und Wohnraummärkte. So viel Marktflexibilität ist politisch nur mehrheitsfähig, wenn ihre Gewinner und Verlierer politisch gleichberechtigt sind. Bei der Personenfreizügigkeit aber sind ihre Hauptgewinner die Zuwanderer, also Personen ohne Wahlrecht in der Schweiz. Deshalb ist Personenfreizügigkeit ein antiliberales Projekt: Die Gratiszuwanderung nimmt den Schweizern die Eigentumsrechte an ihrem Land weg und auch die Anreize, für flexible Märkte einzutreten.

Als Folge werden die bisherigen Inhaber von Arbeitsplätzen und Wohnraum zunehmend durch Regulierungen geschützt, was die Märkte ineffizient macht. Dadurch leiden vor allem die jungen Einheimischen, die noch keine geschützten Stellen und Wohnungen haben.

Zugleich wurde das Erfolgsgeheimnis der Schweiz ausgehebelt. Sie wurde trotz eher tiefen ausgewiesenen Wachstumsraten zum reichsten Land Europas, weil ihre Wirtschaft dank ihrer hohen Flexibilität immer in Branchen hineinwachsen konnte, die im Weltmarkt gerade besonders gut liefen. Das brachte eine anhaltende reale Aufwertung des Frankens, dank welcher der Konsum schneller wachsen konnte als die Produktion, denn die Leute erhielten mehr Kaufkraft. Seit rund zehn Jahren ist diese einzigartige Wohlstandsquelle versiegt – auch weil die Personenfreizügigkeit die Regulierung und damit die Inflexibilität verstärkte und den Fokus auf tumbes Breitenwachstum statt intelligente Wohlstandsgewinne lenkte.

Nun fordern viele, den Fachkräftemangel und so den Zuwanderungssog zu lindern, indem die einheimischen Arbeitskräfte – sprich: Frauen – stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das ist Unsinn. Erstens macht jetzt alles, was die Effizienz steigert, die Schweiz

noch attraktiver für die Zuwanderung von Firmen (also Arbeitsplatzanbieter) und Individuen zugleich und verschärft so all die erwähnten Knappheiten. Zweitens bringt mehr Marktarbeit gar nicht mehr Effizienz. Denn wenn Frauen vermehrt bezahlt arbeiten, braucht es zusätzliche Fachkräfte, um ihre Kinder, Familien und Haushalte zu betreuen. Die Vollkosten für ein Kind in der Krippe betragen rund 3000 Franken pro Monat. Das mittlere Markteinkommen für Frauen liegt um 6000 Franken

*Alles, was die Effizienz steigert, macht die Schweiz noch attraktiver für die Zuwanderung von Firmen.*

für eine Vollzeitstelle. Somit haben Frauen, die ihre zwei Kinder selbst betreuen und ihren Haushalt selbst führen, oft eine weit höhere Wertschöpfung als Frauen, die im Markt arbeiten und ihre Kinder betreuen lassen.

Der Unterschied ist nur: Wer in der Familie arbeitet, zahlt darauf keine Steuern. Wer im Markt arbeitet, zahlt darauf Steuern. Manchen Predigern von «Frauen in den Arbeitsmarkt» geht es deshalb weniger um Frauenrechte oder Minderung des Fachkräftemangels als schlicht um zusätzliche Steuereinnahmen.

Genauso geht es manchen Befürwortern der Personenfreizügigkeit nicht um die Steigerung von individuellem Wohlstand und Lebensqualität im Land, sondern um das Wachstum der Bevölkerung und damit des gesamten Bruttoinlandsproduktes, also der Steuereinnahmen und der Umsätze von Firmen – sprich: der Budgets, der Macht und der Boni von Managern und Verwaltungschefs. Diese Interessengegensätze und ihre Verheimlichung in der öffentlichen Diskussion machen aus dem schnellen Bevölkerungswachstum wahren Sprengstoff für die Schweiz. Diese Zeitbombe muss entschärft werden, sonst knallt's.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und Forschungsdirektor beim Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema).

